Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 293. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 16. Dezember 1931. | 13. Jahrgang.

Ewig treu und ewig Dein,
Laß, Herr, meine Losung sein.

Knapp.

England und der polnische Ministerbesuch in London.

Von John Lansbury, Glasgow.

In der öffentlichen Meinung Englands hat der Londoner Besuch des polnischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Zaleski, besondere Aufmerksamkeit erregt, weil die Bedeutung dieses Besuches angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Reibungen in Osteuropa über die Verfolgung nur wirtschaftlicher Ziele, insbesondere über eine bessere Entwicklung der englisch-polnischen Handelsbeziehungen und Milderung des Wettbewerbs englischer und polnischer Kohle auf den nordischen Absatzmärkten weit hinausreichen dürfte. Der Besuch ist in unmittelbarem Anschluß an die zwischen Jugoslawien und Polen getroffenen Abmachungen erfolgt, zu deren Fertigstellung der jugoslawische Minister Marinkowitsch nach Warschau gekommen war, wo man sich, soweit es in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, hauptsächlich über besondere Maßnahmen zur Erleichterung des Getreideabsatzes in beiden Ländern einigte.

Man spricht aber auch davon, daß in diesen Abmachungen eine gemeinsame Stellungnahme beider Länder gegen die Grenzrevision in Osteuropa erfolgt sei, und man dürfte in der Annahme wohl kaum fehlgehen, daß der polnische Minister Zaleski jetzt in London dieses für Polen so unangenehm gewordene Thema zur Sprache bringt, nachdem erst vor wenigen Wochen Baldwin, der Führer der Konservativen im Unterhaus, die allgemein bekannt gewordene Erklärung abgab, daß der Weichselkorridor zu den Problemen gehöre, die die englische Politik im Interesse einer Befriedung Osteuropas zuerst anpacken würde.

Wenn es England heute unter großen Opfern, nämlich der Pfundentwertung, gelungen ist, wieder erhebliche Teile seiner früheren Absatzmärkte für Kohle in den skandinavischen Ländern zurückzuerobern (wie das Beispiel der Verteilung der Kohlenlieferungen durch die Dänische Staatsbahn zeigt, wo von insgesamt 140 000 Tonnen die englischen Gruben 110 000 Tonnen, die westfälische Kohlenindustrie 30 000 Tonnen, die polnische aber nichts erhielt), so hat bisher Polen gerade in seinem Außenhandel mit Großbritannien noch die günstige Tatsache verzeichnen können, daß seine Ausfuhr nach England im ersten Halbjahr 1931 immer noch die Höhe von 155,6 Millionen Zloty gegenüber 175 Millionen Zloty im ersten Halbjahr 1930 erreichen konnte. Die Gesamtausfuhr Polens betrug demgegenüber im ersten Halbjahr 1931 950,1 Millionen Zloty, im gleichen Zeitraum des Vorjahres 1235,2 Millionen Zloty. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die polnische Ausfuhr nach England innerhalb seiner gesamten rückgängigen Ausfuhr im Welthandel von 12,7 v. H. auf 16,3 v. H. gestiegen war.

Wenn aber heute Polen seine bisherigen Ausfuhrziffern im Handel nach England durch die neu eingeführten englischen Schutzzollbestimmungen und Zollerhöhungen bedroht sieht, so muß Polen zwangsläufig die Folgen der Verschärfung der Wirtschaftskrise tragen, die heute in England bei der allgemeinen Gedrücktheit nicht viel weniger erwerbsfähige Menschen arbeitslos macht als in Deutschland.

Heute, bei den Schwierigkeiten der Zusammenschlußbestrebungen des britischen Weltreiches, kann England Polen nur entgegenhalten, daß sich auf dem Festlande Zustände herausbilden müssen, die England selbst eine Wiederaufrichtung erleichtern. Bei der Zerrissenheit der Wirtschaftsgebiete in Osteuropa, insbesondere der Abschnürung Ostpreußens vom Deutschen Reich durch den Weichselkorridor, scheinen sich infolge der jetzigen Beschäftigung der öffentlichen Meinung in allen großen Ländern Europas und in Nordamerika die großen Angleichungstendenzen der Weltgeschichte, sei es allmählich, sei es ruckweise, bemerkbar machen.

Es geht nicht an, daß nach der Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, des Grafen Gravina, über die Verpflichtung Polens zur Ausnutzung des Danziger Hafen, der Bau der Kohlen- und Kanonenbahn von Oberschlesien nach Gdingen mit französischem Kapital fortgesetzt wird, und wenn alle Mittel angewendet werden, um den natürlichen Verkehrsstrom von Westen nach Osten mit Hilfe einer staatlichen Subventionspolitik durch bevorzugte Tarife auf diese neue Bahnlinie abzudrängen.

Man kann schon heute die Vermutung aussprechen, daß nach endgültiger Fertigstellung der Bahn Transporte von Kohle und anderen Industrieerzeugnissen nicht allein aus dem polnischen Industriegebiet, sondern auch aus Deutsch-Oberschlesien auf dieser Verkehrslinie zur Ausfuhr an die See gebracht werden und daß dieser Verkehrsweg einen erheblichen Teil des Verkehrs aus dem deutschen Osten an sich ziehen wird, zumal doch die polnischen Frachten erheblich billiger sind als diejenigen der Deutschen Reichsbahn.

In welcher Weise Polen es versteht, seine Bestrebungen erfolgreich vorwärtszutreiben, zeigen die zoll- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen Polens gegenüber Danzig, insbesondere die Förderung des Verkehrs im Hafen von Gdingen durch staatliche Unterstützung. Die Zahlen über den Warenumschlag in Danzig und Gdingen lassen klar erkennen, in welchem Umfange die Abwanderung von Danzig nach Gdingen vor sich geht. Im ersten Halbjahr 1931 entfielen von dem gesamten polnischen Seeverkehr auf den Danziger Hafen 62,87 v. H., auf Gdingen 37,13 v. H. Im Jahre 1928 waren die entsprechenden Zahlen: Danzig 81, 49 v. H., Gdingen 18,51 v. H. Während also im Jahre 1928 noch vier Fünftel des polnischen Seeverkehrs über Danzig ging, sind es heute nicht mehr ganz zwei Drittel.

Daß die weitere Entwicklung des Hafens von Gdingen vermöge seiner bevorzugten Tarife auch für die anderen Ostseehäfen, insbesondere für Stettin und Königsberg, bedeutungsvoll werden kann, ist offenbar. Beispielsweise ist im ersten Halbjahr 1931 der Umschlag des Hafens Gdingen erheblich höher gewesen als der Stettins. Gdingen konnte während dieses Zeitraumes einen Gesamtumschlag von 2 295 775 Tonnen aufweisen; dagegen ist der Umschlag Stettins in der gleichen Zeit stark zurückgegangen und betrug nur 1 146 000 Tonnen gegen 2 368 000 Tonnen im ersten Halbjahr des Vorjahres. In der Einfuhr hat sich der Umschlag bei Erz, Kohle, Phosphaten, Holz und Zellulose verringert, in der Ausfuhr hauptsächlich bei Getreide, Zucker und Zink. Infolge des polnischen Frachtendumping ist auch der Güterverkehr nach der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas zum Teil von Stettin abgelenkt worden. Aus dem gleichen Grunde gehen von der deutsch-oberschlesischen Kohlenausfuhr nur geringe Mengen über Stettin. Alles dies wirkt sich auch auf den Warenverkehr der Oder ungünstig aus.

Eine allgemeine Fortentwicklung wirklicher Sicherheitspolitik verlangt daher eine Revision der Ostgrenze und Abschaffung des Weichselkorridors, da die Stabilisierung und Befestigung des Korridors einer allmählichen Annektion von Ostpreußen und der gleichzeitigen Bedrohung der anderen deutschen Grenzgebiete gleichkommt. — Heute, wo die Krise, durch vieles verschärft, auch auf das meerbeherrschende England drückt, hat England das größte Interesse an der Heilung der wirtschaftlichen Schäden, die der Weltkrieg dem Wirtschaftsleben des Festlandes gebracht hat.

Deutschland und die Kolonialfrage in französischem Lichte.

Albert Sarraut war zehn Jahre lang Gouverneur von Französisch-Indochina, mehrere Jahre Kolonialminister und ist jetzt Mitglied des französischen Senats. In einem von ihm verfaßten Buche (Grandeur et Servitude Coloniales, Paris 1931) schreibt er über die bolschewistische Gefahr in den kolonialen Erdteilen. Ihm liegt es am Herzen, die Welt darüber aufzuklären, daß die europäische Kolonialherrschaft durch die kommunistische Agitation ernsthaft gefährdet ist. Er aber hält es im Interesse der gesamten Menschheit für notwendig, das Kolonialsystem, so, wie es besteht, aufrechtzuerhalten. Die zunächst Interessierten seien zwar die Völker, die Kolonien besitzen. Aber das gesamte Europa habe doch daran auch kein geringeres Interesse, weil seine Zukunft davon abhänge. An der Seite der Nationen, die Kolonien besitzen, müßten die Vereinigten Staaten von Europa ihre ganze Kraft diesem Problem zuwenden. Er spricht also sehr deutlich aus, worauf im „Aufwärts" ja auch schon oft hingewiesen wurde, daß die europäische Vorherrschaft in den übrigen Kontinenten ins Wanken gerät, und er weist mit Nachdruck darauf hin, daß Europa, und zwar das ganze Europa, solidarisch im Kampf zusammenstehen müsse, um seine alte Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Er bringt dann folgende Ausführungen, die wir nach der Uebersetzung zitieren, welche die „Koloniale Rundschau" Heft 9—10 in einem Artikel von Geh. Reg. Rat A. Full gibt:

„Sind alle Europäer, deren Mitarbeit gefordert wird, bereit, diese Mitarbeit zu leisten? Wie wird z. B. Deutschland als Glied der „Vereinigten Staaten von Europa", nachdem es unter ihnen seinen Platz eingenommen hat, sich verhalten gegenüber dem Kolonialproblem, das ein Lebensinteresse für ganz Europa darstellt? Deutschland besitzt keine Kolonien mehr. Es handelt sich bei der Wegnahme der deutschen Kolonien zwar um eine gesetzmäßige Auswirkung der deutschen Niederlage. Aber war sie nicht doch in der Tat eine Maßnahme von wenig Weitblick im Hinblick auf die wirtschaftlichen und die moralischen Folgen? Sie hat die deutsche Volkswirtschaft einiger Rohstoffbezugsgebiete und Warenabsatzmärkte beraubt. Deutschland wird der Versuchung ausgesetzt sein, beide, wenn es sein muß, mit Gewalt, innerhalb des europäischen Raumes zu suchen. Die Wegnahme der Kolonien hat insbesondere Deutschland ausgeschlossen von der Mithaftung aus der Mitarbeit an der kolonialen Betätigung. Wird nicht Deutschland von jetzt ab geneigt sein können, das Mitverpflichtetsein in der Verteidigung des kolonialen Interesses Europas abzulehnen? Wird es nicht die Mitwirkung zum Nutzen der Zivilisation des Abendlandes ablehnen? Um die Hypothese noch weiter auszuspinnen, zu der die Geneigtheit berechtigt, mit der die geistige Einstellung der Deutschen nach der Niederlage die Ausführungen von Spengler und Keyserling über den Verfall des Abendlandes, die Dekadenz der lateinischen Rasse und die Ueberlegenheit der „Weisheit Asiens" aufgenommen hat, ist Deutschland nicht geistig sowohl wie politisch geneigt, den Angriff Rußlands zu verstärken, indem es sich in das Lager derjenigen begibt, die sich zur Vernichtung des Vorranges Europas verschworen haben?"

Sarraut bedauert also, daß Deutschland aus der Reihe der Kolonialmächte ausgestoßen ist, er bedauert es im Interesse der Solidarität der weißen Rasse gegenüber den Farbigen. Er will einen Ausgleich dadurch schaffen, daß man in bezug auf die Kolonien gewisse Formen der Interessengemeinschaft ins Leben ruft und bei der Verteilung der Erzeugnisse der Kolonien Deutschland (und übrigens auch Italien) eine besondere Beteiligung einräumt. Wir brauchen in diesem Zusammenhang darauf nicht weiter einzugehen.

Uns ist wichtig, daß hier ein Franzose ausspricht, was wir gelegentlich schon im „Aufwärts" bei Besprechung der Kolonialfrage angedeutet haben. Es gab allerdings eine Solidarität der weißen Rasse in der Kolonialfrage. Es ist gewiß ein Rückschlag für Europa und vielleicht auch für die übrigen Kontinente, daß dies nur ein historisches Urteil ist. **Denn heute gibt es keine Solidarität der weißen Rasse in der Kolonialfrage mehr.** Diese ist von den Franzosen und Engländern in Versailles zerschlagen worden. Sarraut spricht es sehr deutlich aus, daß damit diese Völker sich sehr deutlich selbst geschadet haben. Das braucht uns Deutsche aber in keiner Weise veranlassen, uns nun in irgend einer Weise für eine solche Solidarität wieder einfangen lassen. Wir Deutschen sind von Franzosen und Engländern im Kriege und im „Friedensvertrage" wie farbige Völker behandelt worden. (Man vergleiche die Behandlung der Deutschen in den Kolonien während des Krieges; die Kolonialschuldlüge, die Behandlung in China usw.). Wir haben keinen Grund, nun aus der Reihe herauszutreten, in die wir von den „Siegern" hineingestellt sind. Wir stehen zusammen mit den erwachenden farbigen Völkern der Welt, denen die Zukunft gehört, gegenüber der versunkenen und veralteten europäischen Solidarität, gegenüber den Siegern, die der Vergangenheit angehören.

Darum arbeiten wir Deutsche viel lieber als Gleiche unter Gleichen bei allen farbigen Völkern mit, die unsere Mitarbeit wünschen, und deren gibt es genug. Der Franzose Sarraut mit seinen Sirenenklängen hat uns erneut einen guten Dienst getan, indem er uns zeigte, wohin wir gehören, nämlich dorthin, wo die Zukunft ist, zu den erwachenden Völkern Asiens und Afrikas.

B. A. C.

Die Gewerkschaften beim Kanzler.

Reichskanzler Dr. Brüning hat die Vertreter der drei Gewerkschaftsrichtungen zu einer Besprechung empfangen, die sich naturgemäß auf dasselbe Gebiet erstreckte, das vor einigen Wochen bereits zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung bearbeitet worden ist, nämlich die Vermeidung von außergewöhnlichen Härten bei der Durchführung der Lohnsenkung und Probleme der Preissenkung.

411 Städt. Bibliothek S 839

Prinz August Wilhelm spricht im alten, ehrenreichen Soest.

Als vor einigen Jahren ein Hohenzollern-Prinz einen Kriegskameraden in der Soester Börde besuchte, geschah dies in aller Stille. In dieser Woche sprach Prinz August Wilhelm in drei großen öffentlichen Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Tagelang vorher waren bereits alle Plätze vergeben. Als im Schützenhof nach dem Einmarsch der SA. der Prinz August Wilhelm, ein Ebenbild seines Vaters, in seiner braunen Uniform erschien, setzte ein brausendes Heilrufen ein. Die Menge war begeistert.

Etwa dreiviertel Stunde sprach der Prinz in durchaus ruhiger, sachlicher Weise, ohne jedes Pathos, wie man es sonst selten in N.S.-Versammlungen gewöhnt ist. Das Thema lautete: „Vorwärts ins dritte Reich!"

Er führte u. a. folgendes aus:

Noch vor einem halben Jahre hätten die Gegner behauptet, daß die Fieberkurve der NSDAP zurückgehen und die Welle zurückschlagen werde. Die Gegner wagen das heute nicht mehr zu sagen, angesichts der riesenhaften Volksbewegung, wofür die Hessenwahlen und die überfüllten Säle der Stadt Soest am heutigen Abend auch ein beredtes Zeugnis sind. Die Wahlen in Preußen würden dasselbe zeigen, aber in Preußen suche man diese absichtlich hinauszuschieben, wenn nicht gar zu vereiteln.

Was führt sie zu uns? Es ist der Glaube an ein neues Deutschland, der neu geweckt werden muß. Warum ist dies nötig? Weil diejenigen, die in den vergangenen 13 Jahren das deutsche Volk zerstört haben, auch den Glauben an Deutschland zerstört haben.

Das sind die Parteien, die seit 1918 die Macht in den Händen haben und den Schandvertrag von Versailles unterschrieben, die SPD und das Zentrum. Hierzu kommen als zweiter Schuldiger, zu dem er sich auch rechne, das Bürgertum, das sich auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt habe und diesen meistens nur hilflos gegenüberstand. Aus falschem Pflichtgefühl glaubte man mithelfen zu müssen, weil sonst Deutschland zerfalle. Man hätte bis zum heutigen Tage nicht regieren können, wenn nicht von dem alten Deutschland noch soviel Pflichtgefühl übrig geblieben und man von der großen Vergangenheit hätte zehren können.

Da sei Adolf Hitler gekommen, der als Gefreiter im Weltkrieg seinen Mann gestanden, und der verachtet, verhöhnt, verspottet und verlacht worden sei. Hitler habe gesagt, daß das ganze System auf Verrat aufgebaut sei und dem Materialismus diene. Da habe man aufgehorcht.

Beim Vergleich der Vorkriegszeit mit der heutigen Zeit kam der Prinz zu der Feststellung, daß wir niemals so geknechtet gewesen sind wie heutzutage. Auf die leeren Throne der Fürsten habe man den Gott des Materialismus gesetzt. Viele Männer, die glühende Reden auf seinen Vater gehalten hätten, wären plötzlich umgeschlagen und hätten sich dem jetzigen System verschrieben. Es sei eine Bankerotterklärung, wenn der Staat, der seinem Volke helfen sollte, von diesem in größter Not befindlichen Volk noch immer neue Opfer verlangt. Nach außen hin habe man nicht erkannt, daß Frankreich keine Verständigung und Versöhnung wolle. Frankreich sei vertragsbrüchig geworden. Man müsse den Franzosen sagen, ihr kriegt, was wir euch privatim schuldig sind, wollt ihr mehr, so holt es euch mit Gewalt.

Der Kampf der NSDAP gehe unentwegt weiter, obschon man von oben und unten mit allen Mitteln versucht habe, ihrem Vormarsch Einhalt zu gebieten.

Sie sucht den Glauben an Heimat, Volk und Vaterland neu zu erwecken und auf dem Boden des Christentums dem Marxismus mit seiner Gottlosenbewegung zu begegnen, was auch die Kirchen beider Bekenntnisse anerkennen sollten. Wer die Hitlerbewegung bekämpfe, bereite den Boden für die Verzweiflung, die im Bolschewismus endet.

Unsere Opfer und unser Blut der SA.-Kameraden hält uns im Vormarsch nicht auf, es schweißt uns nur noch fester zusammen. Sie sollten sich daher nicht schämen, wenn Proleten und Prinzen in der SA. zusammen marschieren, sich uns anzuschließen. Kommen Sie aber nicht erst dann zu uns, wenn mit 95 Prozent Sicherheit unsere Macht feststeht, dann ist es für solche Leute in unseren Reihen zu spät!

Wenn ich gefragt werde, wie ich gerade zu der Partei gekommen wäre, so sage ich denen immer: „Wenn Sie zu fein sind, mitzumachen, ich bin nicht zu fein." Der Gemeingeist sei vergessen worden, darum heißt es auch im Parteiprogramm: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Zur Zeit habe man auch vergessen, den vierten Stand in die Gesellschaft aufzunehmen, wodurch der Marxismus eingebrochen und der Klassenkampf entfesselt worden sei.

Unser Sozialismus ist, daß wir nicht auf die Kleidung, auf höhere oder Volksschulbildung sehen, wir schauen uns gegenseitig in die Augen und Herzen, wie Brüder untereinander. Eine Rangliste gibt es nicht. Wenn man unserer Bewegung Köpfe abspricht, so kann man nur sagen, daß es ganze Kabinette mit Köpfen gegeben hat, die noch nichts geleistet haben. Wir haben nur einen Kopf. Das ist unser Führer Adolf Hitler, um den man die NSDAP ja schon beneidet. Wir stehen in einer Front vereint, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede. Im dritten Reich wollen wir neben der Ehrbarkeit auch die Wehrbarkeit schaffen und die alten preußischen Sitten wieder zur Geltung bringen. Dem Vorwurf, als wolle die NSDAP den Bürgerkrieg entfesseln, begegnete der Prinz mit den Worten: Wenn meinem Vater geraten worden ist, nach Holland zu gehen, damit ein Bürgerkrieg vermieden würde, so kann ich heute nur fragen, ob man nicht seit 13 Jahren einen Bürgerkrieg am laufenden Band hat.

Zum Schluß bemerkte der Redner, daß wohl manche gekommen wären, um in ihm ein Stück der Vergangenheit zu sehen. Diesen, die aus Tradition gekommen sind, danke ich, aber die Treue muß in die Tat umgesetzt werden. Kommen Sie in die braune Front! Wer aus Sensation gekommen ist, der soll sich schämen. Nicht aus Spaß tue ich den Dienst Nacht für Nacht. Es ist ein Ringen um die Volksseele; um etwas Hohes, Heiliges, um die Rettung von Volk und Vaterland. Er habe sich willig unter den kleinen Gefreiten aus dem Weltkrieg gestellt, weil er seine Ehrenhaftigkeit erkannt habe. Auch die Gegner möchten von ihm den Eindruck gewinnen: Er ist wenigstens ein ehrlicher Kerl. Vielleicht werden sich manche später schämen, daß sie nicht dabei gewesen sind in dem Kampfe für die Freiheit des Vaterlandes, in dem sich alle diejenigen einigen müssen, die an die Zukunft des Volkes glauben und bereit sind, im Geiste des Christentums auch ihr Leben dafür einzusetzen. Denn die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben.

Langanhaltender Beifall lohnte die bei größter Aufmerksamkeit gehaltene Rede. Beim Verlassen des Saales erneuerte sich immer wieder der Beifall und der Heilruf.

Würden alle Redner und führenden Persönlichkeiten in der NSDAP im Sinne eines Prinzen August Wilhelm wirken, dann würden gewiß noch viele, die bislang der Bewegung fern gestanden haben, sich der braunen Front eingliedern.

Es ist die Achillesferse, das Lindenblatt des Jung-Siegfried, daß führende Männer, wie Rosenberg, Minister Klagges (Braunschweig) und auch Pastoren, wie ich sie im Erzgebirge gehört habe, nicht volle Neutralität, Duldsamkeit und Zurückhaltung bewahren, wenn es sich um biblisches Christentum und Weltanschauung handelt. Sie nehmen vielfach Altes und Neues Testament unter die Lupe der Kritik, wenn auch nicht gerade in dem Ausmaße wie Frau Dr. Mathilde Ludendorff; aber immerhin ist ihr Christentum und ihr Osterglaube nicht das, was uns die Bibel lehrt. Fragen der Rasse, des Blutes und Scheu vor kirchlichen Dogmen verdunkeln ihnen den Blick für die Heilstatsache, daß Gott will, daß a l l e n Menschen soll geholfen werden und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Sie reden von deutschem Gott, deutschem Christentum und Germanenbibel und von der Selbsterlösung.

Möge ein Adolf Hitler erkennen, daß hier die Gefahr vorliegt, daß der Frühlingssturm, von einer opferbereiten und todesmutigen Jugend entfacht, nicht das entwurzelt, was allein zur einer inneren Wiedergeburt unseres Volkes und damit zur Freiheit nach innen und außen führen kann. Toellner.

Um den nordamerikanischen Weizen.

Wie bekannt, leidet auch in Nordamerika die Landwirtschaft sehr stark unter der Weltkrise. Im Staate Kansas haben zahlreiche Farmer den Weizen untergepflügt, da es sich bei dem gedrückten Preise nicht lohnte, die Erntearbeit und -unkosten daran zu setzen. In einigen Städten haben die Farmer zur Demonstration ihren Weizen auf die Straßen verstreut. Um ein Moratorium von 30 Tagen baten die Farmer im Staate Oklahoma, weil sie nicht in der Lage seien, Steuern, Zinsen usw. zu bezahlen. An den Präsidenten Hoover wurde von den vereinigten Farmern eine Eingabe gerichtet, in der um wirkungsvolle Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit gebeten wurde, weil dann auch die landwirtschaftlichen Produkte mehr Nachfrage haben würden.

Präsident Hoover antwortete: „Ich kann für die Farmer und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten augenblicklich nicht mehr tun, als mich für die **Wiederherstellung eines geregelten Wirtschaftslebens in Deutschland** einzusetzen."

Das ist klarer Bescheid. Kehrt in Deutschland ein einigermaßen geregeltes Wirtschaftsleben wieder ein, dann ordnen sich anschließend auch automatisch nach und nach die Oekonomien anderer Länder. Wieviel Weizen könnten wir augenblicklich wohl gebrauchen, um den schlecht ernährten Arbeitslosen usw. in unsern Industriegebieten und Großstädten Zuschußbrot zu geben!

Inzwischen kommen vom nordamerikanischen Weizenmarkt schon günstigere Nachrichten. Die Getreidepreise sind stark in die Höhe gegangen: Am 2. November wurde Weizen mit 70 bis 90 Cents, je nach Qualität, in Winnipeg notiert (die Preise waren bis unter 30 Cents gesunken). Es ist bekannt geworden, daß Rußland bald keinen Weizen mehr exportieren kann und daß in Argentinien und Australien geringere Ernten einkamen. Bei dem obigen Preise wird der nordamerikanische Landwirt wieder arbeitsfroh werden und an seinem Teile der Arbeitslosigkeit abhelfen, daß er wieder Hilfskräfte (farmhelps) einstellen und besolden kann.

Wie lassen uns doch solche Nachrichten einen Blick tun in die Fehlwirtschaft unserer Zeit! Der große Schöp-

---

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Bausteine für Leben und Weltanschauung. Monatsschrift. Herausgegeben v. Prof. D. Dr. E. Dennert und Dr. W. Dennert. Verlag „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg. Vierteljährlich 1,75 RM einschl. Porto.

Diese Zeitschrift beginnt mit 1932 ihren 7. Jahrgang unter dem neuen Titel „L e b e n u n d W e l t a n s c h a u u n g". Ihre Eigenart ist, daß sie nur Artikel aus bedeutenden Werken aller Zeiten bringt, die zum Aufbau einer positiven Welt- und Lebensanschauung wertvoll sind; daneben u. a. Berichte über „G e i s t i g e S t r ö m u n g e n d e r G e g e n w a r t" und „Aus Zeit und Welt", auch eine sehr hochstehende Bücherschau. Kurzum, das Blatt ist eine stete Quelle geistiger Anregung, und die bisherigen Jahrgänge bilden eine unerschöpfliche Fundgrube geistiger Werte. Einmal im Jahr wird in mehreren Heften ein Sonderthema behandelt, so im letzten Quartal 1931 in tiefgründigen Artikeln von Popp, Müller-Freienfels, Dessauer, Diesel, Colin Roß, Oestreich, Spengler u. a. „Die Technik als Kulturproblem und Menschenschicksal"; äußerst anregend und belehrend! Der Eintritt des Sohnes des Begründers und Herausgebers in die Schriftleitung hat die Zeitschrift noch frischer und aktueller gestaltet. Sie bereitet jedem Gebildeten einen hohen Genuß, wie man ihn in dieser schweren Zeit doch ganz besonders nötig hat. Und d i e s e g e i s t i g e N a h r u n g k o s t e t t ä g l i c h n u r — 2 P f e n n i g e. Sollte man diese dafür wirklich nicht übrig haben? Das wäre doch ein geistiges Armutszeugnis! Wir empfehlen das Blatt unseren Lesern dringend. Man benutze sofort den Bestellschein in unserem Inseratenteil. — — D. in R.

Dreistimmiges Choralbuch zum neuen Einheitsgesangbuch. Noch rechtzeitig für die Weihnachtszeit erscheint das 1. Heft (Advent — Weihnachten — Jahreswechsel — Epiphanias) des von Kantor Adolf S t r u b e herausgegebenen „dreistimmigen Choralbuches" für Frauen-, Kinder- und Schulchöre. Die für ganz einfache Verhältnisse geschriebenen Choralsätze sind so gehalten, daß sie ohne Tonartänderung im Wechsel mit der Gemeinde gesungen werden können. Prospekte durch „Die Kantorei", Berlin-Steglitz, Beymestraße 8.

Dienst am Deutschtum. Ein vaterländischer, volks- und heimatkundlicher Abreißkalender. 1932. Preis 1,— Mark. J. F. Lehmanns Verlag München.

Dieser Abreißkalender des bekannt. nationalen Verlages enthält 55 Bildblätter mit prächtigen Bildern aus Geschichte und Volkstum, der deutschen Heimat und dem Gebiet der Rassenkunde. Wir finden schöne Heimatbilder, die im Sinne Ewald Banses, des bekannten Geographen, ausgedeutet sind, Bilder von Stätten deutscher Vergangenheit, wie Steins Schloß zu Nassau und das Rathaus zu Thorn, interessante Rassenbilder aus Hans F. K. Günthers Arbeit, Bildnisse berühmter Deutscher, wie Fichte, Lagarde, Goethe, Friedrich der Große, Blücher, Below, Scheer u. a., Bilder über altgermanische Kunst, flugtechnische und militärische Bilder und manches andere mehr. Der Preis von 1,— Mark ist in Anbetracht des Gebotenen billig.

Deutsche Weihnacht. Eine weihnachtliche Stärkung für alle, die um ihr Vaterland leiden und kämpfen. Mit Beiträgen von Else Hasse, Lic. Georg Klingenberg, Dr. Heinrich Lhotzky †, D. Friedrich Mahling, Gotthard Meincke, Margarete Weinhandl u. a. und 11 Originalzeichnungen von Wilhelm Thiele, herausgegeben von Guida Diehl. Neuland-Verlag, Eisenach. Preis kart 1,70 Mark. — Dieses neue Weihnachtsbuch will einem besonderen Bedürfnis abhelfen. Was uns trotz vieler lieblicher Weihnachtsgaben noch fehlte, war ein tiefes Verstehen der besonderen Lage, in der wir nun zum 18. Mal Weihnachten feiern. Unsere deutsche Weihnacht ist ja in dieser Kampfes- und Notzeit ganz neu erlebt worden. In ihr sollten wir die besondere Tiefe der unserer Volksseele anvertrauten Gemütskraft in jedem Notjahr neu entdecken, um uns vom Schöpfer solcher Wesensart trotz aller Not immer neu begnadet zu fühlen, um aber auch dem Volkstum, dem solche Kräfte tief innen geschenkt sind, neu unser Leben und Arbeiten zu weihen. Dienst am Vaterland ist der nächste uns anvertraute Gottesdienst — das sollte uns die deutsche Not-Weihnacht eindringlich ins Herz einprägen. Solche Klarheit will dieses neue Weihnachtsbuch in den deutschen Seelen wachrufen. Das Buch ist aus dem besonderen weihnachtlichen Erleben herausgeboren, das die Not- und Kampfeszeit unseres Volkes uns gab. In solchem Geist hat uns auch der Künstler kraftvoll schönen Buchschmuck geschaffen. So grüßt und segnet es alle erwachten Seelen zu wahrer, trotz allem jauchzender deutscher Weihnacht in Kampf und Not!

E. von M a l t z a h n, **Du sollst nicht sterben!** Roman aus der Gegenwart. 303 Seiten. Oktav. Verlag Friedrich Bahn in Schwerin in Mecklb. In Leinen gebunden 6,25 Mark. Zu den in vielen Auflagen erschienenen Erzählungen und Romanen der Dichterin kommt jetzt noch diese Neuerscheinung. Es ist ein Gegenwartsroman, der in das Bauerntum der Lüneburger Heide hineinführt und von den Gegenwartsnöten erzählt. Aber der Falkenhofbauer ist ein tapferer Mann. Er hält es noch mit dem Alliierten da oben und mit Hülfe seiner gleichgesinnten Frau und des befreundeten Landarztehepaares werden die Schwierigkeiten gemeistert.

Das Buch ist eine gesunde und fesselnde Lektüre für die Familie und kann in unseren Tagen ein Wegweiser und Anreiz sein in dem Kampf, in dem das deutsche Bauerntum steht. D. A.

Roth, **„Hans Werner und Eva von Tiele-Winckler,** gebunden 3,20, kart. 2,80; Henrichs, **„25 Jahre Evangelisten-Dienst",** gebunden 3,20, kart. 2,80. Diese beiden Bücher bringt der Verlag P. O t t, G o t h a, heraus. Neben der anderen Literatur, die über das Leben der Schwester Eva erschienen ist, muß dieses Buch von Alfred Roth herzlich begrüßt werden. Es gibt einen besonderen Einblick in das Werden von zwei gesegneten Menschen und lockt dazu, solchen Vorbildern nachzueifern.

Das zweite Buch ist ein kurzer Ueberblick über das Leben des bekanten Evangelisten Ludwig Henrichs. Eine Anzahl Männer, die im Leben mit dem so plötzlich abgerufenen Gottesstreiter zusammenstanden und zusammen arbeiteten, schreiben darüber kurze Artikel. Das Buch wird den vielen Freunden des Heimgegangenen schon jetzt sehr willkommen sein.

fer gibt Nahrung in Hülle und Fülle. Die Menschen aber verteilen sie nicht nach seinen Gesichtspunkten, weil sie dieselben zum „Schacher" untereinander gemacht haben.

Auch der Gedanke wird lebendig, wie richtig und schöpfungsgemäß der Weg ist, den wir — reichlich spät — jetzt beschreiten, Siedlung und wieder Siedlung! Ldm.

Der ratlose Kongreß.

— Washington, 15. Dezember.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, hat sein Programm für die Verabschiedung des Gesetzes über das Schuldenfreijahr nicht durchsetzen können. Praktisch ist der Schuldenaufschub längst Wirklichkeit geworden. Seit dem 1. Juli 1931 zahlt Deutschland keine Tribute mehr, und die Nutznießer der deutschen Tribute führen keine Schuldenzahlungen an Amerika ab. Eine rechtliche Grundlage für dieses Verfahren fehlt aber noch. Bisher war das harmlos. Denn die nächste Rate für die Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden wäre erst am 15. Dezember fällig gewesen. Es war daher die Absicht Hoovers, bis zum heutigen Dienstag die Zustimmungsurkunde seines Parlaments beizubringen.

Das ist nicht geglückt! Aber der Mißerfolg ist noch größer. Präsident Hoover hat auch mit dem Vorschlag keine Zustimmung gefunden, wenigstens durch eine Kongreßentschließung öffentlich festzustellen, daß die europäischen Zahlungen bis zur Bestätigung des Hoover-Moratoriums als aufgeschoben zu gelten haben. Und das, wo es sich um einen Zahlungsaufschub handelt, den im Juni 68 Senatoren und 276 Abgeordnete bereitwilligst unterstützt haben.

Deutlicher, als durch diese Entwicklung der Dinge kann nicht dargetan werden, wie weitgehend auch Amerika von den Hoffnungen des Juni ernüchtert ist. Es geht eben jetzt um die Bestätigung eines Paktes, der nichts von dem, was er verhindern sollte, verhindert hat, und auch nicht verhindern konnte, weil die französische Regierung durch ihre Politik die Dämme, die Hoover bauen wollte, wieder zerrissen hat. Angesichts der schlimmen Ereignisse nach der Verkündung des Hoover-Moratoriums — erinnert sei an die deutschen Bankfeiertage und Englands Abkehr von der Goldwährung — fragt man sich in Washington, ob Europa überhaupt von dritter Seite Hilfe gebracht werden könne.

Kennzeichnend für die Einstellung Amerikas sind Aeußerungen, die der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Borah, einem englischen Journalisten gegenüber gemacht hat. Senator Borah betonte dabei, eine Besserung der europäischen Lage könne seiner Ansicht nach nur durch eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands auf der Basis eines solchen Programms erfolgen, das Deutschland wieder Lebensmöglichkeiten gebe. Was bezüglich der Reparationen getan werden könne, liege fast ausschließlich bei Frankreich. Allerdings setze die Durchführung eines solchen Programms auf das die ganze Welt warte, eine Kursänderung der französischen Politik voraus.

Senator Borah, der dann noch betonte, er glaube nach wie vor an die Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages, legte im Laufe der Unterredung weiter dar, daß er deshalb für die Gewährung des Hoover-Moratoriums eingetreten sei, um Europa die Möglichkeit zu geben, sich einen gesunden Wirtschaftsplan zu schaffen. Er sei jedoch nur für ein einjähriges Moratorium gewesen, denn im gegenwärtigen Augenblick sei ein Punkt erreicht, wo eine Moratoriumsregelung, die die Zahlungsfähigkeit zur Grundlage habe, die Schwierigkeiten nicht aus der Welt zu schaffen imstande ist. Helfen könne jetzt nur mehr eine Schuldenstreichung.

Borah schloß, er wolle noch die Abrüstungskonferenz abwarten, die seiner Meinung nach in Wirklichkeit eine Wirtschaftskonferenz sei. Ohne eine Verminderung der Rüstungen sei eine Wirtschaftskonferenz zwecklos. Hingegen bestehe begründete Aussicht auf Besserung der Lage, wenn die Reparationen und die Kriegsschulden gestrichen und die Kriegsrüstungen herabgesetzt würden. Die Regierungen müßten ihre Politik darauf umstellen, weil es sonst keinen Zweck hätte, überhaupt Delegationen zur Konferenz zu entsenden.

Grundsätzlich kann man diesen Ausführungen Borahs nur zustimmen. Erfreulicherweise hört man auch sonst Stimmen, die sehr deutlich darauf hinweisen, wie sehr Frankreich für die letzte Katastrophe verantwortlich zu machen ist. So schweben z. B. in einigen Kreisen des Kongresses Erwägungen darüber, ob man etwa Deutschland, England und Italien die Schuldenzahlungen stunden könne, Frankreich dagegen nicht.

Da es aber in der Politik nicht nur auf Gesten ankommt, sondern immer noch auf die praktischen Maßnahmen, die in Angriff genommen werden, könnte diese Einstellung des Kongresses erst dann politische Bedeutung erlangen, wenn das Parlament der Vereinigten Staaten einen Schritt weitergehen und die Bundesregierung ermächtigen würde, Vorkehrungen zu treffen, daß Frankreich endlich zur Preisgabe seiner Reparationsforderungen und zur Aenderung seiner Rüstungspolitik gezwungen wird. Beschränkt sich aber der Kongreß darauf zu mißbilligen und Distanz von den europäischen Konflikten zu wahren, dann tanzt er so nur um die Schwierigkeiten herum. Eine Ueberwindung der politischen und wirtschaftlichen Weltkrise wäre davon aber ebensowenig zu erhoffen, als es sicher ist, daß diese Selbstbeschränkung die Vereinigten Staaten dadurch, daß sie sich isolieren, nicht schon zu einer glücklichen Insel machen wird.

Am Montag hat nunmehr auch Japan sich von der Goldwährung abgekehrt. Zeigt das nicht, daß heute jede Erschütterung eines Staates tatsächlich bis in die fernsten Teile der Welt verspürt wird? Angesichts dieser Wucht der Sturmflut kann eine kräftige Abwehr nur eine internationale sein. Nicht darum handelt es sich, die Richtung der Sturmflut zu ändern, worauf es ankommt, ist, daß der Brandherd des Weltfeuers gelöscht wird. Und das kann nur gelingen, wenn jede Regierung bereit ist, zu ihrem Teil an der Endlösung der fluchbeladenen Reparationsfrage mitzuarbeiten.

Schweiz kündigt den Handelsvertrag.

— Bern, 15. Dezember.

Nach Kenntnisnahme des negativen Ergebnisses der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland hat der Bundesrat der Schweiz beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland am 18. Dezember 1931 zum 4. Februar 1932 zu kündigen. In der Note, in der er die Kündigung mitteilt, wird der Bundesrat der Hoffnung Ausdruck geben, daß durch neue Verhandlungen eine neue Gestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen möglich sein wird.

Es ist übrigens zu betonen, daß durch diese Kündigung nicht ohne weiteres ein Zollkrieg eingeleitet wird.

Vorstoß Neutraler in Basel.

— Basel, 15. Dezember.

Wie zu dem Bericht des Holländers Colijn im Beratenden Sonderausschuß verlautet, hat Colijn, ähnlich wie auf der letzten Völkerbundsversammlung im September, so auch jetzt erneut und mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Tribute dadurch, daß sie nicht auf wirtschaftlichen Gründen beruhen, und die Nutznießer dieses Systems sich weigern, deutsche Waren in dem erforderlichen Umfang anzunehmen, die gesamte Weltwirtschaft zerrütten müssen.

Keine NSDAP.-Luftflotte.

Erklärungen des Reichsverkehrsministeriums und des Braunen Hauses.

— Berlin, 15. Dezember.

Linksstehende Berliner Zeitungen berichteten von der bevorstehenden Gründung eines nationalsozialistischen Fliegerkorps. Vom Braunen Hause in München wird nun zu diesen Meldungen Stellung genommen. In dieser Erklärung heißt es, genau so, wie Dutzende von Flugvereinigungen in Deutschland beständen, und wie in der NSDAP. bereits ein Automobilkorps auf sportlicher Grundlage die Automobilisten der Partei zusammenfasse, solle auch hier ein nationalsozialistisches Fliegerkorps als eingetragener Verein mit flugsportlichem Interesse geschaffen werden. Die Aufforderung dazu sei in dem SA.-Mitteilungsblatt veröffentlicht worden. Es sei lächerlich, wenn die Sache als etwas Geheimnisvolles aufgezogen werde. Den vorhandenen Flugkundigen solle Gelegenheit zur Uebung gegeben werden, damit sie vor allem auch ihren Flugschein nicht verlören und im gegebenen Falle als Propagandaflieger bei Werbemärschen und Wahlen eingesetzt werden könnten.

An die Beschaffung eigener Flugzeuge könne gar nicht gedacht werden, da der Partei die Mittel dazu fehlten.

Die Partei selbst besitze kein eigenes Flugzeug, wogegen der kommunistische Flugverband der Erwerbslosen etwa zwei Dutzend Flugzeuge besitze und sich damit in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Staaten einmische. Bei der geplanten Vereinsgründung der NSDAP. handele es sich aber um eine gewöhnliche Einrichtung der Art, wie sie in Deutschland zu Dutzenden bestünden.

Vom Reichsverkehrsministerium liegt eine Erklärung vor, nach der das Ministerium mit der Frage einer Zusammenfassung von Fliegern oder anderen Berufsgruppen durch irgendwelche Organisationen nichts zu tun hat. Was die Albatros-Werke betreffe, die von der nationalsozialistischen Partei einen großen Auftrag erhalten haben sollen, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Albatros-Werke zur Zeit überhaupt keine Privat-Aufträge haben, sondern lediglich einige kleine Reichsaufträge.

Was die Zulassungsfrage von Fliegern angehe, so sei das Reichsverkehrsministerium nur in drei Fragen zuständig, nämlich 1. für die Frage der Lufttüchtigkeit, 2 dafür, ob der Antragsteller deutscher Reichsangehöriger ist, und 3. ob die Haftpflichtfrage entsprechend den Vorschriften geregelt sei.

„Unsolide und ungesetzlich."

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz vor dem Landtag.

— Berlin, 15. Dezember.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Dabei teilte der Vertreter des Handelsministeriums mit, daß der Zusammenbruch in der Hauptsache auf unsolide und ungesetzliche Handhabung der Geschäfte zurückzuführen ist. Der geflohene Direktor Seiffert sei der ausschlaggebende Aktionär und zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt gewesen. Er sei unumschränkter Herr gewesen, und die Revision sei auch durch ihn ausgeübt worden. Niemand habe sonst etwas zu sagen oder zu prüfen gehabt. Wirkliche Mittelstandskredite seien nur etwa fünfeinhalb Millionen Mark gegeben worden. Es habe eine Wirtschaft geherrscht, die unausbleiblich zum Zusammenbruch habe führen müssen.

Im Zusammenhang mit der Krise sei eine starke Entwertung der Werte eingetreten. Trotzdem seien noch 10 vom Hundert Dividende verteilt worden, und das Reich habe im September, um die Illiquidität zu verhindern, drei Millionen Mark gegeben. Der Vergleichsvorschlag besagt, daß alle Gläubiger bis zu 100 Mark voll befriedigt und die anderen Gläubiger zunächst mit 30 v. H. abgefunden werden sollen. Das würde etwa 20 Millionen Mark ausmachen. Die Beträge sollten auch sofort ausgezahlt werden. Doch sollten die 30 v. H. nicht endgültig sein, sondern bei einer Besserung der Verhältnisse würden die Gläubiger mehr erhalten können.

Der preußische Staat könne für die Bank nicht eintreten. Man habe die Absicht gehabt, sie zu halten, das sei aber jetzt zweifelhaft geworden. Die Barmer Bank solle gerettet werden. Bei der Trierer Bank stehe die Sache ungünstiger. Der Reichskommissar solle aber alles zur Erhaltung dieser Bank tun.

Nach einer Aussprache vertagte der Ausschuß die Weiterberatung dieser Angelegenheit, um die Darlegungen der Regierung eingehend zu prüfen.

*

Wieder Plenarsitzung.

Das Plenum des Preußischen Landtags beginnt am heutigen Dienstag seinen letzten Tagungsabschnitt im Jahre 1931. Am Sonnabend dürfte sich der Landtag wieder vertagen. Zur Beratung steht zunächst ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Dienststrafrechts für nichtrichterliche Beamte.

1 Mark Hoffbrand wirkt wie Gurgeln es beugt Erkältungen vor! 50 Pfennig

Englischer Vorstoß

gegen die Reparationen? — Der einzige Maßstab: Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

— London, 15. Dezember.

Die englische Presse äußert sich nochmals eingehend zu den Verhandlungen in Basel, Berlin und im amerikanischen Kongreß. Der „Daily Telegraph" kommt dabei zu dem Schluß, daß nur eine allgemeine Aufhebung aller Kriegsschulden das Wirtschaftsleben aller Völker auf eine normale und gesunde Basis stellen könne. Eine derartige Lösung werde sich schließlich als unumgänglich herausstellen. Zu den gleichen Schlußfolgerungen kommt auch der „Daily Herald", der schreibt: „Moratorium, Zahlungsaufschübe und Erleichterungen mögen gut und richtig sein, aber das Uebel wird solange nicht ausgerottet, bis Kriegsschulden und Reparationen vollständig gestrichen werden."

Vertreter französischer Zeitungen in London wollen in Erfahrung gebracht haben, daß die englische Regierung einen entscheidenden Vorstoß gegen die Reparationen vorbereite. Als Anlaß dazu werde England die Erklärung des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon nehmen, daß die englische Schuld gegenüber Amerika nach dem Pfundsturz um 50 Prozent gestiegen sei. Man will diese Erklärung dazu benutzen, um die englischen Schulden bei Amerika von der Dollarwährung auf die Pfundwährung umzustellen.

Damit aber nicht genug, werde England auf seine traditionelle Reparationspolitik, die bisher auf der Baldwin-Note von 1922 beruhte — England verlangt selbst nur soviel an Reparationen als es für seine eigene Verschuldung zu zahlen hat — grundsätzlich umstürzen. Die Baldwin-Note habe nämlich in den Augen der Engländer den großen Nachteil, daß sie England jeder Initiative auf dem Gebiet der Schulden und der Reparationen beraube.

Die englische Haltung auf der kommenden internationalen Reparationskonferenz werde sich auf folgende zwei neue Prinzipien stützen:

1. **Die Reparationen müssen endgültig geregelt werden;**
2. **Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands darf allein als Maßstab dafür in Betracht gezogen werden.**

Garvin glaubt, im „Observer", daß die noch bis vor wenigen Wochen völlig undurchführbare französische Politik eine Aenderung erfahren habe. Er unterstreicht, daß es zwecklos sei, von Deutschland im Austausch gegen finanzielle Unterstützung formelle Bedingungen politischer Kapitulierung oder Demütigung zu verlangen, wie sie keine deutsche Regierung annehmen könnte.

Das wirkliche französische Programm bestehe aus drei Forderungen:

Wiederaufnahme von Reparationszahlungen in einem gewissen Maße, sobald sich die Lage Deutschlands genügend gebessert hat; kein Vorrang der Privatschulden und keine permanente Verminderung der Reparationen ohne gleichzeitige Verminderung der Kriegsschulden. Die letztere Bedingung sieht Garvin als den Schlüssel der gesamten Lage an. Auch er hebt hervor, daß der sichere Ausweg die völlige Streichung der Kriegsschulden und Reparationen ist. Es hänge jedoch von den Vereinigten Staaten ab, ob dieser Weg angenommen werden wird. Aber sogar die Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr würde die Atmosphäre verbessern und Zeit zur Erwägung der großen Frage geben.

Entscheidungen reifen.

Neue Vollsitzung des BIZ.-Ausschusses. — Umfangreiche Privatbesprechungen.

— Basel, 15. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuß der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hielt eine neue Vollsitzung ab, über die folgender Bericht veröffentlicht wurde:

Die heutige Vormittagssitzung des Beratenden Sonderausschusses war kurz nach 1 Uhr zu Ende. Nach einer offiziellen Verlautbarung hat der Ausschuß die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands im größeren Rahmen der Weltwirtschaft behandelt. Das holländische Mitglied des Ausschusses Colijn erstattete ein Referat über die Auswirkungen der Reparationszahlungen auf den Welthandel, insbesondere auf die Außenpolitik und das Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder. An das Exposé Colijns schlossen sich Bemerkungen und Erläuterungen der verschiedenen Mitglieder des Ausschusses an.

In Ergänzung dieses Berichts verlautet, es deute jetzt alles darauf hin, daß die Verhandlungen des Ausschusses, die jetzt eine Woche dauern, in diesen Tagen in das entscheidende Stadium eintreten werden. Die erhöhte Tätigkeit in privaten Besprechungen der Delegierten hält an. Man nähert sich jetzt allmählich dem Verhandlungsabschnitt, wo die Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen des Ausschusses gezogen werden. Dabei stehen zunächst die Form und der Inhalt des Ausschußberichtes im Vordergrunde der Erörterungen und die Frage, wer mit seiner Redaktion beauftragt werden soll.

Der technische Unterausschuß hat seine Beratungen fortgesetzt. Was das umstrittene Problem der deutschen Guthaben im Auslande anbetrifft, so glauben die meisten im Sonderausschuß vertretenen Delegierten nicht, daß es möglich sein werde, eine auch nur annähernd genaue Ziffer dieser Guthaben anzugeben.

* **Landrat z. D. von Bismarck** wurde vom Bundesrat des deutschnationalen Bismarck-Bundes zum Reichsführer gewählt.

Der Beschluß der SPD.

Gegen Einberufung des Reichstags.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montagnachmittag zu ihrer entscheidenden Sitzung zusammen, in der sie sich gegen die Einberufung des Reichstags aussprach. Die Stellung der Fraktion zur politischen Lage wurde in folgender Entschließung festgelegt:

Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen worden, der kein Sozialdemokrat angehört. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Verantwortung für jene Teile der Verordnung ab, die eine neue Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht und gegen die Senkung der Löhne und Gehälter schärfsten Protest.

In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch erträgliche zu ersetzen, findet die Sozialdemokratie bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie ist nicht in der Lage, mit ihnen eine Regierung bilden zu können, die die Notverordnung durch eine bessere ersetzt. Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstags kann eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise in diesem Augenblick würde aber die Verwirrung vermehren, die Verhandlungen mit dem Ausland ins Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und das Massenelend verstärken.

Notwendig ist es, die besonderen Härten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu beseitigen. Durch stärksten Massendruck muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebenshaltungskosten zu erreichen, die zu den Lohnkürzungen den notwendigen Ausgleich schafft."

Unter Hinweis auf die Erklärung der Reichsregierung auf die Wechselbeziehungen zwischen Lohnsenkungen und Preissenkungen erklärt die Reichstagsfraktion, daß für sie eine neue Lage entstanden sein würde, wenn sich herausstellen würde, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt halte.

Sie behalte sich in diesem Falle ihre weiteren Entschlüsse vor.

Die Entschließung fordert ferner eine Wirtschaftspolitik, die gegen die kapitalistischen Monopole das Interesse der Allgemeinheit rücksichtslos durchsetzt. Ferner spricht sich die Fraktion für die Befreiung des deutschen Volkes von den unerträglichen Lasten aus. Zum Schluß wird die Regierung aufgefordert, dem Nationalsozialismus einen festen Damm entgegenzusetzen.

Letzte Meldungen.

:: **Länderkonferenz der deutschnationalen Minister in Braunschweig.** Am Sonnabend, den 19. Dezember, findet in Braunschweig eine Zusammenkunft der deutschnationalen Minister und Fraktionen aus den Ländern Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Hamburg, Lübeck, Bremen, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe statt. Diese Länderkonferenz wird von dem früheren preußischen Minister v. Winterfeldt geleitet.

Annahme der österreichischen Kirchenverfassung.

‡ Die neue Kirchenverfassung für die evangelischen Kirchen Deutsch-Oesterreichs wurde von der in Wien versammelten Generalsynode einmütig angenommen. Die Synode hat damit ihre Arbeiten beendet. An der Spitze der Kirchen wird in Zukunft ein evangelischer Landesbischof stehen. Die Regelung des Verhältnisses zum Staate bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Senkung der Frachtsätze.** Mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 ab werden die Frachtsätze für Expreßgut um 15 vom Hundert gesenkt.

Weihnachtsbitte der Neinstedter Anstalten.

Die Neinstedter Anstalten bitten alle ihre Freunde, auch in diesem Notwinter ihnen ein Scherflein für die Weihnachtsfeier ihrer Pfleglinge und Zöglinge zukommen zu lassen. Es sind nahezu 1000 Menschen, — Kranke, Schwache, Siechе, Verkrüppelte, Anormale aller Art, von der Heimat Losgelöste, — denen wir auch in diesem Jahre ein wenig Freude bereiten möchten.

Leider mußten wir in diesem Jahr auf die Kirchenkollekte am Bußtag verzichten, die wir Jahrzehnte hindurch gehabt haben. Das ist namentlich für unser Brüderhaus und sein Durchkommen sehr schwer. Wir bitten deshalb, unserer an Weihnachten mit besonderer Liebe gedenken zu wollen.

Pastor H. Büchsel,
Vorsteher der Neinstedter Anstalten.

Alle Geldsendungen erbitten wir auf unser Postscheckkonto: Direktion der Neinstedter Anstalten, Berlin 33052. Alle Naturalien, Kleider, Spielzeug und sonstigen Gaben unter der Anschrift: Direktion der Neinstedter Anstalten, Neinstedt a. Harz.

Anzeigen aus Bethel.

— **Der Verkauf der Weihnachtsbäume beginnt am Mittwoch, den 16. Dezember, morgens 8 Uhr in der Gärtnerei.**

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Am 2. Advent wurde unser Sohn

Klaus

geboren.

Dr. med. A. Held und Frau Ruth
geb. Jaeger.

Köln-Lindenthal, den 6. Dezember 1931.
Theresienstraße 38.

Die Geburt eines gesunden

Töchterchens

zeigen in dankbarer Freude an

Landw. Lehrer L. Harr und Frau Else
geb. Kalweit

Weinsberg, den 9. Dezember 1931.

Macht Dir Deine Gesundheit Sorge?

Unzählige **Kranke** verdanken ihre **Hilfe** dem vorzügl. bewährten

Universal Blutreinigungs- u. Kräftigungs-Fruchtpulver

Etwa 600 Dankschreiben von Geheilten zeugen von der wunderbaren Wirkung bei **Schlaganfall, Lähmung, Verkalkungs-Altersbeschwerden, Gicht, Rheuma, Magen-, Darm-, Herz- und Nervenleiden, Hämorrhoiden usw.** Preis 1/2 Kur = 3 Pakete à 200 g mit Broschüre Mk. 4,50. 1/1 Kur = 6 Pakete Mk. 9,—. Porto extra.

P. Gillmann, Brackwede i. W., Niederstr. 72.

PELZE Reelle Ware Reelle Preise

Empfehle in bester Ware und modernster Ausführung: **Rollkragen** in jeder Pelzart von Mark 12.— an. Aufnähen gratis. **Füchse** in großer Auswahl von Mark 15.— an. **Für ältere Damen** habe ich wie in den Vorjahren die beliebten dickgefütterten **runden Kragen** hergestellt. Mark 20.— und höher. Besichtigung zwanglos.

Auf Wunsch Teilzahlung.

Fr. Peperkorn

Kindermannstraße 12 (Dammstr.)

2 Min. von der Obernstraße entfernt, am neuen Kindermannstift vorbei

Wir empfehlen unsere aus bestem Material, in eigenen Werkstätten hergestellten



Aluminium-Geschirre und **Korbwaren**

Tiberias-Werkstätten, Bethel bei Bielefeld

Kaffee Tee Kakao

jetzt in besonders feinen

Festmischungen und Weihnachts-Packungen

ohne Aufschlag!

Kaffee-Großrösterei
Hermann König Nachf., Goldstr.

Erste Bezugsquelle für Großabnehmer u. Wiederverkäufer

Naturreiner, deutscher

Bienenhonig

eigener Ernte, kostet jetzt nur noch à Pfund 1,35 Mk. Versand in 5 und 9 Pfund-Dosen.

Lehrer i. R. Buchholz,
Niederseelbach, Post Idstein (Land).

Passende

Weihnachtsgeschenke

für Damen und Herren

empfiehlt zu billigen Preisen

S. Eickmeyer, Bielefeld
Gütersloherstraße 12.

Flüssige Trauben

und Aepfel
Mundelsheimer

Trollinger 3/4 Ltr. Fl. tiefrot nur 1.20
Rotgewächs 3/4 Ltr. Fl. rot nur 1.—
Apfelsaft 3/4 Ltr. . . . . nur 0.40
Bei Abnahme von 50 Fl. tiefrot 1.— rot 0.85 und Apfelsaft 0.30. Sind garantiert naturrein, unvergoren, frei von jeglichen Chemikalien, enthält Vitamine und Duftstoffe der frischen Früchte. Versand von 10 Fl. an (direkt aus erster Hand), bei Bestellung Bahnstat. angeben.

Karl Schütz, Weingärtner,
Mundelsheim,
St. Bietigheim (Württemberg)

Jedem sein Geschenk-

durch **billige Weihnachts-Preise von uns!**

Sonntag den 20.12. von 14 bis 19 Uhr durchgehend geöffnet.

Wenn Sie ein praktisches Weihnachtsgeschenk

für den Herrn brauchen, beachten Sie bitte dieses Angebot. — Wie immer: Hochwertige Ware für wenig Geld.

Herren-Woll-Hüte ab **2.90**
Herren-Haar-Hüte ab **7.50**
Oberhemden weiß und farbig ab **2.90**
Sporthemden m. Krag. u. Kraw. ab **2.95**
Selbstbinder reine Seide . ab **1.95**
Pullover reine Wolle ab **1.90**
Handschuhe gefüttert . . ab **1.40**

Kreplin

Das führende Spezialhaus für Herren und Knaben.

(Bitte hier abzutrennen und im offenen Briefumschlag, 4 Pfg. Porto, an den Verlag „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg, zu senden.)

Suchen Sie eine sichere Grundlage für Leben und Weltanschauung?

Dann bestellen Sie hiermit die Monatsschrift „Leben und Weltanschauung"

(früher „Bausteine für Leben und Weltanschauung". — Siehe Besprechung in dieser Nr.)

1. **Bestelle hiermit** „Leben und Weltanschauung" (Verl. „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg) ab Januar [illegible] mich zum Preise von 1,60 Mk. und 15 Pfg. Porto vierteljährlich. Betrag folgt gleichzeitig.
2. **Erbitte zu Geschenkzwecken** das 4. Quartal von „Leben und Weltanschauung" (mit „Technik-Problem") in je [illegible] Exempl. (je 1,50 Mk.) Betrag folgtgleichzeitig.
3. **Bitte als Geschenk** von „Leben und Weltanschauung" das 1. Halbjahr 1932 — das ganze Jahr 1932 auf meine Kosten zu senden an:

1. .....
2. .....
3. .....

Unterschrift (recht deutlich).

Für Einsame und Alleinstehende Weihnachten im Schwarzwald.

In dem behaglichen warmen **Haus Gottestreue** im herrlichen **Badenweiler** sind Festgäste (wie auch Dauergäste) herzlich willkommen. **Wochenpreis bei bester Verpflegung nur 30 Mk.** Anmeldungen an Schwester Elli, Haus Gottestreue.

Hervorragend in Geschmack und Güte; stets fabrikfrisch

Echte Eigelb-Margarine Pfd. 60 Pfg.
Feine Tafel-Margarine „ 50 „

Mindestmenge 9 Pfund; porto- und spesenfreier Versand unt. Nachn.

Friedrich Schmidtke, Hamburg 11, Neptunhaus
Fernruf: 36 61 41/42

Einen herrlichen

Ruheplatz

bietet Erholungsuchenden das **Hasliberghaus** Goldern. Berner Oberland, 1060 m hoch, sonnenreich, windgeschützt, behagl. eingerichtet, sorgf. geführt. Herbst- und Winterkuren, bes. stärkend, auch für schwächliche Kinder bei mütterl. Pflege und jung. Mädchen zur Ausbildg. im Haushalt. Auf Wunsch Diätkost. Preise d. Notzeit angepaßt. Ill. Prospekt vom **Hausvater Dr. R. Burckhardt, Pfr.**

Stellengesuche und Angebote

haben im „Anzeiger" großen Erfolg!